Allianz gegen Rechtsextremismus
in der Metropolregion Nürnberg

Antrag 2: „NSU-Dokumentationszentrum in Nürnberg endlich auf den Weg bringen – Aufarbeitung ermöglichen, Verantwortung übernehmen!“

Die Mitgliederversammlung stellt fest:

Nürnberg hat eine besondere Verantwortung. Hier verübte der „NSU“ 1999 seinen ersten Sprengstoffanschlag und ermordete drei Menschen. Ihr Gedenken verpflichtet uns, die Verbrechen des sogenannten NSU umfassend aufzuarbeiten, die Versäumnisse staatlicher Behörden kritisch zu beleuchten und alles dafür zu tun, dass sich rechtsextremer Terror nicht wiederholt.

Die Mitgliederversammlung begrüßt daher ausdrücklich das Vorhaben der Bundesregierung, in Nürnberg ein NSU-Dokumentations- und Bildungszentrum zu errichten. Die angekündigte Bereitstellung erster finanzieller Mittel ist ein wichtiges Signal. Gleichzeitig darf es nicht bei politischen Ankündigungen bleiben. Die Realisierung braucht jetzt verbindliche Entscheidungen, klare Zuständigkeiten und eine langfristig gesicherte Finanzierung.

Das Dokumentationszentrum muss mehr sein als ein Ort des Erinnerns. Es muss ein lebendiger Ort der Erinnerungsarbeit, der Aufklärung, der kritischen Auseinandersetzung und der politischen Bildung werden. Dabei darf die Auseinandersetzung nicht auf die historischen Verbrechen des „NSU“ beschränkt bleiben. Vielmehr muss das Zentrum auch aufzeigen, wie rechtsextreme Ideologien, Netzwerke und Strukturen bis in die Gegenwart wirken, welche Verbindungen und Kontinuitäten bestehen und welche Auswirkungen dies auf unsere Gesellschaft, Institutionen, die politische Kultur hat. Es muss dazu beitragen, aktuelle Entwicklungen einzuordnen und Perspektiven für eine wehrhafte Demokratie in Gegenwart und Zukunft zu entwickeln. Die Perspektiven der Angehörigen der Opfer und der Überlebenden müssen dabei im Mittelpunkt stehen. Ebenso unverzichtbar ist die frühzeitige und maßgebliche Beteiligung der Stadt Nürnberg und der Zivilgesellschaft.
Die Mitgliederversammlung fordert den Vorstand auf:

- Gegenüber der Bundesregierung und der Bayerischen Staatsregierung auf ein verbindliches Gesamtkonzept zu drängen, das unter maßgeblicher Beteiligung der Stadt Nürnberg, der Angehörigen der Opfer, der Überlebenden und der Zivilgesellschaft erarbeitet wird.

- Die zeitnahe Suche nach geeigneten Räumlichkeiten in Nürnberg einzufordern. Auf Grundlage des Gesamtkonzepts müssen mögliche Standorte geprüft und konkrete Entscheidungen getroffen werden. An Ideen und Vorschlägen aus der Stadtgesellschaft mangelt es nicht.
- Die unverzügliche Gründung der angekündigten Trägerstiftung einzufordern. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Stadt Nürnberg und die Zivilgesellschaft in den Stiftungsgremien angemessen und wirksam vertreten sind. Die Perspektiven der Angehörigen und Überlebenden müssen verbindlich berücksichtigt und auch in den Stiftungsgremien eingebunden werden.
- Auf eine ausreichende und langfristig gesicherte Finanzierung hinzuwirken. Die Stiftung muss mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Die dauerhafte Finanzierung des Dokumentationszentrums muss als fester Haushaltsposten im Bundeshaushalt verankert werden. Eine Finanzierung über Restmittel oder jährlich unsichere Haushaltsentscheidungen ist nicht akzeptabel.
- Gegenüber der Nürnberger Stadtspitze darauf hinzuwirken, dass diese ihre Bereitschaft, das NSU-Dokumentations- und Bildungszentrum in Nürnberg zu etablieren, bekräftigt.
- Sich dafür einzusetzen, dass das Dokumentationszentrum einen umfassenden Auftrag zur Erinnerungs-, Aufklärungs- und Bildungsarbeit erhält. Neben der Aufarbeitung der „NSU“-Verbrechen und des staatlichen Versagens muss insbesondere die Auseinandersetzung mit gegenwärtigen rechtsextremen Ideologien, Strukturen und Netzwerken sowie deren Auswirkungen auf Gesellschaft, Politik und demokratische Institutionen einen zentralen Stellenwert einnehmen.
- Die Beteiligungsbereitschaft der Allianz gegen Rechtsextremismus aktiv einzubringen. Mit ihren 164 kommunalen Gebietskörperschaften und 376 zivilgesellschaftlichen Organisationen verfügt die Allianz über ein starkes Netzwerk und umfassende Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Sie steht bereit, ihre Kompetenzen und Kontakte in die Entwicklung und Umsetzung des Dokumentationszentrums einzubringen.